

Sitzungs-Datum  
9. Oktober 2024Uhrzeit von-bis  
19:30 Uhr - 22:00 UhrSitzungs-ort/Gremium  
in den Konferenzräumen der Kultur- und Sporthalle  
**Gemeinderat****SITZUNGSTEILNEHMER**

<b>Sitzungsteilnehmer</b>		<b>Bemerkung / Vertretung</b>
Zenglein, Andreas	1. Bürgermeister	
Albert, Michael	Gemeinderat	
Fuchs, Christian	Gemeinderat	
Fuchs, Katja	Gemeinderätin	bis 22:45 Uhr
Goldhammer, Jürgen	Gemeinderat	
Goymann, Anja	Gemeinderätin	bis 22:45 Uhr
Großmann, Jürgen	Gemeinderat	
Heeg, Carola	Gemeinderätin	
Kempf-Blatt, Dietmar	Gemeinderat	
Konrad, Beate	Gemeinderätin	
Kruschina, Steffen	Gemeinderat	
Oppenrieder, Bernhard	Gemeinderat	
Rückert, Karin	Gemeinderätin	
Stahl, Toni	Gemeinderat	
Stürmer, Andrea	Gemeinderätin	bis 23:00 Uhr

**Abwesend:**

Adams, Ingo	2. Bürgermeister	
Baumann, Jörg	Gemeinderat	
Fuchs, Michael	Gemeinderat	
Hein, Kirsten	Gemeinderätin	
Huyer, Ute	Gemeinderätin	
Leiblein, Bodo	Gemeinderat	

<b>Schriftführer</b>		
Heuberger, Monika		

<b>Verwaltung</b>		
Müller, Michael		
Sauer, Alexander		
Volk, Martin		



Sitzungs-Datum  
9. Oktober 2024

Uhrzeit von-bis  
19:30 Uhr - 22:00 Uhr

Sitzungsort/Gremium  
in den Konferenzräumen der Kultur- und Sporthalle  
**Gemeinderat**

## **TAGESORDNUNG**

### **Nichtöffentlicher Teil:**

<b>1.</b>	<b>Begrüßung</b>
<b>2.</b>	<b>Feststellung der Beschlussfähigkeit</b>
<b>3.</b>	<b>Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift</b>
<b>4.</b>	<b>Bekanntgaben aus nichtöffentlicher Sitzung</b>
<b>5.</b>	<b>Sachstandsbericht der Verwaltung</b>
<b>6.</b>	<b>Preisfestlegung für den Erwerb von privaten Grundstücken bzw. Grundstücksteilflächen, die sich in öffentlichen Verkehrsflächen befinden</b>
<b>7.</b>	<b>Wiedervorlage; Verbot des Durchgangsverkehrs für Fahrzeuge über 3,5 Tonnen in der Büchelbergstraße</b>
<b>8.</b>	<b>Wiedervorlage; Vertrag über technische Dienstleistungen für die Instandhaltung des Trinkwasserverteilernetzes sowie Anlagen der Wassergewinnung und -aufbereitung der Gemeinde Haibach - Erörterung und Beschlussfassung</b>
<b>9.</b>	<b>Antrag der Fraktionen FWG, MfH, SPD - Einführung eines Ortsbuses für die Gemeinde Haibach mit den Ortsteilen</b>
<b>10.</b>	<b>Verbesserung der Finanzierungsgrundlagen des Tierheims Aschaffenburg e.V.</b>
<b>11.</b>	<b>Allgemeines</b>



Sitzungs-Datum  
9. Oktober 2024

Uhrzeit von-bis  
19:30 Uhr - 22:00 Uhr

Sitzungsort/Gremium  
in den Konferenzräumen der Kultur- und Sporthalle  
**Gemeinderat**

<b>1.</b>	<b>Begrüßung</b>
-----------	------------------

**Sachverhalt:**

**Bgm. Andreas Zenglein** begrüßt die anwesenden Gemeinderäte, Zuhörer und Teilnehmer im Live-Stream und eröffnet die heutige Sitzung.

<b>2.</b>	<b>Feststellung der Beschlussfähigkeit</b>
-----------	--

**Sachverhalt:**

**Bgm. Andreas Zenglein** stellt fest, dass zur Sitzung ordnungs- und fristgemäß geladen wurde. Die Veröffentlichung der Tagesordnung erfolgte in den gängigen Medien.

Nach Abfrage besteht Einverständnis mit der Tagesordnung.

Hierzu wird angemerkt, dass der TOP 8 – Wiedervorlage; Vertrag über technische Dienstleistungen für die Instandhaltung des Trinkwasserverteilernetzes sowie Anlagen der Wassergewinnung und -aufbereitung der Gemeinde Haibach – Erörterung und Beschlussfassung, von der heutigen TO abgesetzt wird. Das Angebot eines Mitbewerbers steht noch aus. Der Punkt wird in der nächsten Sitzung am 06.11.2024 erneut auf die Tagesordnung gesetzt.

Hierzu besteht Einverständnis.

Für die heutige Sitzung sind entschuldigt: 2. Bgm. Ingo Adams sowie die Gemeinderäte: Jörg Baumann, Michael Fuchs, Kirsten Hein, Ute Huyer und Bodo Leiblein.

Die Gemeinderäte Jürgen Goldhammer, Beate Konrad und Karin Rückert sind noch nicht anwesend.

Somit sind 12 stimmberechtigte Gemeinderäte anwesend.

<b>3.</b>	<b>Genehmigung der letzten Sitzungs-niederschrift</b>
-----------	---

entfällt

<b>4.</b>	<b>Bekanntgaben aus nichtöffentlicher Sitzung</b>
-----------	---

**Sachverhalt:**

Die Fa. Hock Beratende Ingenieure GmbH hat den Auftrag für die Ing.-Leistungen Sicherheits- und Gesundheitskoordinator im Zuge der Planungen zur Erweiterung / Sanierung des Marienkindergartens erhalten.



Sitzungs-Datum  
9. Oktober 2024

Uhrzeit von-bis  
19:30 Uhr - 22:00 Uhr

Sitzungsort/Gremium  
in den Konferenzräumen der Kultur- und Sporthalle  
**Gemeinderat**

Der Auftrag zur Nachrüstung einer Rechenanlage und einer Stauklappe im Beckenüberlauf des RRB 80 wurde an die Firma bgu Umwelttechnik GmbH, Bretzfeld, vergeben.

Mit der Lieferung und Wartung neuer Destop-PCs und weiterer technischer Komponenten für die Mittelschule Haibach wurde die Firma tsf Computertechnik, Röllbach, beauftragt.

<b>5.</b>	<b>Sachstandsbericht der Verwaltung</b>
-----------	---

Die Gemeinderäte Karin Rückert, Jürgen Goldhammer und Beate Konrad sind anwesend. Somit sind es ab 19:36 Uhr 15 Stimmberechtigte.

**Sachverhalt:**

**Bgm. Andreas Zenglein** informiert, dass der Sachstandsbericht der Verwaltung neu strukturiert wurde. Unter der Nr. 1 findet sich der Themenbereich Hauptverwaltung, Nr. 2 ist die Bau-verwaltung und Nr. 3 die Finanzverwaltung.

Die Projekte, die erledigt sind, werden separat aufgeführt. Dies soll zu einem besseren Gesamtüberblick führen.

Nach Vorstellung der ersten Punkte musste die Sitzung wegen eines technischen Problems kurzzeitig unterbrochen werden. (19:45 Uhr bis 19:47 Uhr)

Es wird während dieser Zeit von **Bgm. Andreas Zenglein** festgestellt, dass nach Absprache mit Rechtsanwalt Kaup und dem Büro Obermeyer am **Freitag, 13.12.2024, um 14:00 Uhr**, eine wichtige Gemeinderatssitzung zum Bebauungsplan „Kliniken am Hasenkopf“ stattfindet. Hier ist eine Beschlussfassung notwendig. Der Termin wird hiermit vorab bekannt gegeben. Einladungen erfolgen zu gegebener Zeit.

Es folgt Fortführung des Sachstandsberichtes:

**GR Karin Rückert** merkt zum Pkt. 2.16 an, dass die Zufahrt zum Parkplatz an der OV-Straße für Wohnwagen nicht befahrbar ist.

Weitere Wortmeldung und Anregungen zum Sachstandsbericht:

**GR Bernd Oppenrieder** möchte, möchte, dass alle im Investitionsplan des Haushalts beschlossenen Maßnahmen jeweils einzeln in den Sachstandsbericht aufgenommen werden, wie z.B. Dreiecksanierung in Dörrmorsbach.

**GR Toni Stahl** schlägt vor, die Renovierung des Burgkindergartens ebenfalls mit aufzunehmen

**GR Steffen Kruschina** bedankt sich bei der Verwaltung für die gute Überarbeitung des Sachstandsberichtes. Es könnten noch die Änderungen farblich markiert werden, die sich von Sitzung zu Sitzung ändern.

**Bgm. Andreas Zenglein** ist der Ansicht, dass der Sachstandsbericht eigentlich gekürzt werden müsste. Dies soll keine Kritik sein, jedoch wäre dies für ein „Fortkommen“ der



Sitzungs-Datum  
9. Oktober 2024

Uhrzeit von-bis  
19:30 Uhr - 22:00 Uhr

Sitzungsort/Gremium  
in den Konferenzräumen der Kultur- und Sporthalle  
**Gemeinderat**

Maßnahmen auch wichtig. Wichtige Aufgaben hängen oft selbstverständlich an laufenden Projekten.

**GR Jürgen Großmann** schlägt vor, dass Themen, die länger laufen und bei denen sich keine Änderungen ergeben, auch nicht vorgetragen werden müssten. Sie sollten im Bericht stehen, aber das Vorlesen wäre nicht notwendig, um hier auch Zeit einzusparen.

<b>6.</b>	<b>Preisfestlegung für den Erwerb von privaten Grundstücken bzw. Grundstücksteilflächen, die sich in öffentlichen Verkehrsflächen befinden</b>
-----------	--

**Sachverhalt:**

Im Zuge von Vermessungsarbeiten im Innenortsbereichen aber auch bei Straßen(aus-)baumaßnahmen wird immer wieder festgestellt, dass sich private Grundstücks-flächen im Bereich der Straße, bzw. des Gehweges befinden.

Durch die Nutzung der Grundstücksfläche als Gehweg oder Straße durch die Allgemeinheit, gelten diese in der Regel als öffentliche Verkehrsfläche, wodurch Straßenbaulastträger die Gemeinde wird.

In der Vergangenheit wurde in solchen Fällen (Fläche bereits öffentlich genutzt) stets versucht mit einem Ausgleichsbetrag in Höhe von 20 € je m<sup>2</sup> eine Einigung mit den Eigentümern zu erzielen. Die Verhandlungen werden aber auf dieser Grundlage nahezu unmöglich rund die Grundstückseigentümer sind nicht mehr bereit, einer Bereinigung zu diesen Konditionen zuzustimmen.

Der Betrag von 20 € (vorher 40 DM) wird bereits seit mehr als 30 Jahren für solche Flächen gezahlt, entspricht aber bei weitem nicht mehr den aktuell aufgerufenen Grundstückspreisen und auch nicht den derzeitig gültigen Bodenrichtwerten.

([https://geoportal.bayern.de/bayernatlas/?lang=de&topic=pl\\_bau&bgLayer=atkis&layers=a818e80e-78b7-4b21-8c15-d5f8abe6c420&E=514515.29&N=5534795.55&zoom=11&catalogNodes=1322](https://geoportal.bayern.de/bayernatlas/?lang=de&topic=pl_bau&bgLayer=atkis&layers=a818e80e-78b7-4b21-8c15-d5f8abe6c420&E=514515.29&N=5534795.55&zoom=11&catalogNodes=1322)).

Mit einer Neufestlegung, bzw. Neuregelung über die künftige Entschädigung solcher Flächen würde eine Bereinigung solcher Fälle erleichtern. Innerhalb der WeSpe erfolgt die Entschädigung wie folgt:

Bessenbach / Waldaschaff: aktueller Bodenrichtwert

Laufach: jeweils individueller Gemeinderatsbeschluss

Sailauf: 1/2 aktueller Bodenrichtwert

Aus Sicht der Verwaltung wäre, für den Erwerb von Flächen, die bereits öffentlich genutzt werden, der Preis des halben Bodenrichtwertes angemessen. Maßgebend sollte der bei Bekanntwerden des Sachverhaltes gültige Bodenrichtwert sein.



Sitzungs-Datum  
9. Oktober 2024

Uhrzeit von-bis  
19:30 Uhr - 22:00 Uhr

Sitzungsort/Gremium  
in den Konferenzräumen der Kultur- und Sporthalle  
**Gemeinderat**

**GR Bernd Oppenrieder** möchte wissen, ob es eine Info gibt, um wieviel Fläche es sich hier in Haibach handeln könnte.

**GIA Michael Müller** antwortet hierzu, dass dies schwer feststellbar ist, da dies nur nach einer Vermessung auftritt. Es ist daher keine pauschale Aussage möglich, da dies meist Gehwegflächen in unregelmäßigen Abständen betrifft.

**GR Bernd Oppenrieder** bemerkt, dass dies heißt, dass sich der Preis von 580 EUR bis 220 EUR jeweilige Bodenrichtwerte für Haibach, Grünmorsbach und Dörmorsbach richten wird. Er möchte wissen, ob hier eine Beschränkung möglich ist? Oder ob man dies auf Straßenumbauten beschränken kann?

**Bgm. Andreas Zenglein** stellt die Gegenfrage, wie dem Bürger erklärt werden soll, dass bei Straßenumbauten eine Vermessung notwendig ist und der Altbestand wird dabei außen vorgelassen. Der Verkehrsgrund sollte gemeindliches Eigentum sein. Er sieht es als schwierig an, hier einen Ansatz in den Haushalt einzustellen, da nicht absehbar ist, welche Entschädigungen kommen. Es sollte für alle Fälle geregelt sein und nicht nur für den Neubau von Straßen.

**GR Jürgen Großmann** bemerkt, dass es grundsätzlich zu begrüßen ist, dass der Verwaltung hier ein Handlungsspielraum gegeben wird. Der Wert, der jetzt gezahlt wird, ist zu niedrig, hierzu gibt es keine Diskussion. Er möchte wissen, wann die Änderung kommen soll. Wie wird das bekannt? Erfolgt das nur, wenn eine Neuvermessung ansteht? Die Vergangenheit kann nicht mehr geheilt werden. Nun sollten für die Zukunft für die Haibacher Bewohner die aktuellen Bodenrichtwerte herangezogen werden.

**GR Steffen Kruschina** schlägt vor, dem Vorschlag der Verwaltung zuzustimmen. Es geht ja hier um Flächen, die für der Gemeinde benötigt werden.

**GR Bernd Oppenrieder** schließt sich ebenfalls dem Vorschlag der Verwaltung an. Er sieht den halben Bodenrichtwert als vernünftig an.

**GR Jürgen Goldhammer** sieht den Bodenrichtwert als einfachste Lösung, dabei sind 50 % des Betrages in seinen Augen ein faires Angebot. Die Abstimmung wird das Ergebnis hierzu zeigen.

**GR Toni Stahl** führt aus, dass Neuausbauten von Straßen immer häufiger kommen. Die Flächen der Anwohner sind immer notwendig. Am Beispiel Wiesenstraße – hier wurde der volle Boden-richtwert abgerechnet – sollte man sich orientieren und dies künftig weiter so handhaben.

**Bgm. Andreas Zenglein** ergänzt, dass die Anzahl der Begradigungen von Flurstücken gering ist. Als Beispiel nennt er 2 Fälle in der Aschaffener Straße und 4 in der Frühlingstraße. Es handelte sich dort um wenige m<sup>2</sup>. In der Wiesenstraße wurde der volle Bodenrichtwert genommen, weil dort noch nie eine Verkehrsfläche in dem Bereich lag und dies nun seitens der Planung und dies war durch Beschluss des Gemeinderates gewollt war.



Sitzungs-Datum  
9. Oktober 2024

Uhrzeit von-bis  
19:30 Uhr - 22:00 Uhr

Sitzungsort/Gremium  
in den Konferenzräumen der Kultur- und Sporthalle  
**Gemeinderat**

Der Beschluss wird eine Grundlage sein, die Mehrheit des Gremiums trifft die Entscheidung. Bisher waren die Gespräche in Dörmörsbach durchweg positiv.

**GR Bernd Oppenrieder** ist der Meinung, dass es zu Diskussionen kommen wird, wenn beides zutrifft.

**GR Beate Konrad** erwidert, dass eine Entschädigung mit 100 % des Bodenrichtwertes für Flächen, die schon jahrelang als Verkehrsfläche genutzt werden, richtig ist.

Die **Fraktion MfH** unterbreitet den weitergehenden Vorschlag:

Der Kaufpreis entspricht dem Bodenrichtwert.

#### **Beschluss**

Für den Erwerb von privaten Grundstücksflächen, die bereits öffentlich genutzt werden, wird als Kaufpreis der Bodenrichtwert festgelegt. Maßgebend ist der bei Bekanntwerden des Sachverhaltes gültige Bodenrichtwert.

#### **Abstimmungsergebnis:**

**ja: 5      nein: 10**

#### **Beschluss**

Für den Erwerb von privaten Grundstücksflächen, die bereits öffentlich genutzt werden, wird als Kaufpreis der 0,5f-ache Bodenrichtwert festgelegt. Maßgebend ist der bei Bekanntwerden des Sachverhaltes gültige Bodenrichtwert.

#### **Abstimmungsergebnis:**

**ja: 10      nein: 5**

7.	<b>Wiedervorlage; Verbot des Durchgangsverkehrs für Fahrzeuge über 3,5 Tonnen in der Büchelbergstraße</b>
----	---

#### **Sachverhalt:**





Sitzungs-Datum  
9. Oktober 2024

Uhrzeit von-bis  
19:30 Uhr - 22:00 Uhr

Sitzungsort/Gremium  
in den Konferenzräumen der Kultur- und Sporthalle  
**Gemeinderat**



## Auswertung Lkw 3,5 t / Lkw 7,5t / Bus Querschnitt Büchelbergstraße östlich K8

Stand: 07.10.2024

Verkehrsbelastungen 2023 – Querschnitt Büchelbergstraße  
Querschnitt östlich K8 (Büchelbergstraße / Hohe Kreuzstraße)

OBERMEYER



Verkehrserhebungen von Do, 16.11.2023

2

Die Thematik wurde in den folgenden Sitzungen behandelt:

- 28. Juni 2023 Punkt 4.4,
- 11. Oktober 2023 Punkt 4,
- 22. November 2023, Punkt 13.3 NÖ und
- 06. März 2024, Punkt 7
- 17. April 2024, Punkt 6





Sitzungs-Datum  
9. Oktober 2024

Uhrzeit von-bis  
19:30 Uhr - 22:00 Uhr

Sitzungsort/Gremium  
in den Konferenzräumen der Kultur- und Sporthalle  
**Gemeinderat**

Auf die diesen Erläuterungen beiliegenden Unterlagen wird verwiesen.

**Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung am 28. Juni 2024 unter TOP 4.4 wie folgt beschlossen:**

<b>Abstimmungsergebnis</b>	Dafür:	10	Dagegen:	8
<b>Beschluss</b>				
Der Durchgangsverkehr für LKWs größer 3,5 to wird in der Büchelbergstraße verboten. Hierfür wird die entsprechende Beschilderung von der Ortsmitte bis zum Ortsausgang Richtung Klinikum angebracht. Im Vorfeld sollen Gespräche mit der Stadtverwaltung Aschaffenburg aufgenommen werden, damit entsprechende Hinweisschilder bezüglich des Durchfahrtsverbots bereits an der Schießhausbrücke in Aschaffenburg angebracht werden. Gleichzeitig soll durch die Verwaltung geprüft werden, ob ein ähnliches Verbot auch für die Freiheits- und Eckenerstraße erlassen werden kann.				
<b>Bemerkung</b>				
GR Jürgen Goldhammer ist zur Abstimmung nicht anwesend.				

Die vorstehende Beschlussfassung muss noch hinsichtlich der erforderlichen Beschilderung (Zusatzzeichen »Anlieger frei«, Beschilderung allgemein) ergänzt werden.

In der Sitzung am 17. April 2024 wurde die Anordnung eines Verkehrsversuchs angedacht.

Bei einem Fachbüro wurde angefragt, welche Kosten in etwa für eine begleitende Zählung (Monitoring) anfallen werden.

**Hierzu wird am 01. Oktober 2024 von dort wie folgt mitgeteilt:**

»die Testzeit ist aus unserer Sicht mit 6 Monaten ausreichend - für das Monitoring schlagen wir eine stichprobenartige Zählung (Videoaufnahmen) an 1 maßgebenden Werktagtag (Donnerstag) im Monat vor - außerhalb der Ferienzeiten - d.h. 6 Tage

Es wird am Ortseingang der Knotenpunkt Büchelbergstraße / Hohe Kreuzstraße per Video über 24 Stunden gezählt/ausgewertet

Das Honorar beinhaltet

- Bereitstellung der Videokamera über 6 Tage (einschl. Auf-/Abbautag) (...)
- den Auf-/Abbau der Kamera (jeweils 6 mal) (...)
- Auswertung über 6 Tage (...)

Die diesbezügliche Honorarermittlung beläuft sich auf rund 9.000 EUR netto.

**Die Polizeiinspektion Aschaffenburg hat per E-Mail am 13. August 2024 wie folgt mitgeteilt:**

»(...) auch eine probeweise Einrichtung eines Verkehrsverbotes bedarf einer vollumfänglichen Beschilderung, da diese Klarheit für alle Verkehrsteilnehmer schaffen muss. (...)«



Sitzungs-Datum  
9. Oktober 2024

Uhrzeit von-bis  
19:30 Uhr - 22:00 Uhr

Sitzungsort/Gremium  
in den Konferenzräumen der Kultur- und Sporthalle  
**Gemeinderat**

**Bgm. Andreas Zenglein** stellt hierzu fest, dass die Gemeinde im Focus stehen wird, wenn im Ortsgebiet 40-50 Schilder aufgestellt werden, wegen 5 LKW über 7,5t die auf der Büchelbergstraße fahren.

Dies hält er für überzogen und unverhältnismäßig. Eine Umsetzung mit Rechtssicherheit, die bestätigt ist, muss nach seiner Ansicht sein.

**GR Bernd Oppenrieder** bemerkt, dass er eine Historie zu diesem Beschluss aufgelegt hat. Heute ist der Punkt zum 6. Mal auf der Tagesordnung. 3 x wurde bereits die Polizei zu Stellungnahmen aufgefordert. Man kann sich dem Verdacht nicht verwehren, dass dieser Beschluss nicht gewollt ist. Wir reden hier über 45 LKW's (über 3,5 t / Durchgangsverkehr). Der Antrag stammt aus dem Februar 2023.

Es wurde ein Beschluss gefasst und festgelegt, dass Anlieger und Lieferverkehr ausgenommen sind. Ein nächster Ergänzungsbeschluss folgte mit Anmerkungen der Polizei, hier waren 36 Schilder notwendig, um rechtssicher zu sein. Letztendlich sind 4 Schilder notwendig und eines davon steht bereits. Dann wäre das gesamte Gebiet zu – dies wird auch im ISEK-Verfahren, „E-Pin“ so gefordert. Danach wurde eine Schallmessung gefordert, die Verkehrszählung war nötig – und lag bereits vor.

Jetzt wird ein Monitoring für 9.000 EUR benötigt. Die Verwaltung baut Hürden in Höhe von 15.000 EUR + 36 Schilder.

Die SPD-Fraktion bittet um Vollzug des Beschlusses vom Juni 2023.

Die Sperrung sollte an die jetzigen Schilder „Tempo 30“ befestigt werden. Hierfür werden 3 neue Schilder benötigt. Den Navigationsunternehmen sollte die Mitteilung gemacht werden, dass die Durchfahrt verboten ist. Zum Wohle der Haibacher Bürger sollte dies durchgeführt werden. Die Gemeinde geht damit kein Risiko ein. Es wird niemand benachteiligt und die Kosten belaufen sich bei 3 Schildern auf 270 EUR.

Der Beschluss zur Durchführung wurde mit 10:8 gefasst – nun sollte Vollzug erfolgen.

**Bgm. Andreas Zenglein** weist persönliche Interessen in diesem Fall entschieden zurück. Des Weiteren wird ein Beschluss nur dann umgesetzt, wenn Rechtssicherheit vorliegt. Hierzu werden weitere Fachbereiche auch aus dem Landratsamt befragt.

Nicht jeder Bürger ist mit dieser Maßnahme einverstanden.

Nach Anfrage an das Gremium wird dem Anlieger Hermann Mantel das Rederecht zu diesem Tagesordnungspunkt erteilt:

**Hermann Mantel** erklärt, dass er selbst in der Büchelbergstraße wohnt und auch selbst LKW fährt. Das Thema hierzu sind nicht die LKW's sondern die Busse.



Sitzungs-Datum  
9. Oktober 2024

Uhrzeit von-bis  
19:30 Uhr - 22:00 Uhr

Sitzungsort/Gremium  
in den Konferenzräumen der Kultur- und Sporthalle  
**Gemeinderat**

Jedoch ist es auch so, dass, wenn ein LKW vom Klinikum kommend nicht wenden kann, dann „donnert“ dieser durch die Büchelbergstraße. Ein Sattelzug, der nicht mehr wenden kann, fährt ebenfalls durch.

**GR Bernd Oppenrieder** stimmt den Aussagen zu. Die Navigationsgeräte müssten rechtzeitig Bescheid geben, dass in Haibach keine Durchfahrt möglich ist. Es wird nach seiner Meinung kein Haibacher Bürger oder Geschäftsmann behindert werden. Er sieht dies als Gewinn für die Bürger.

**Bgm. Andreas Zenglein** erwidert, dass 45 LKW's 2 pro Stunde bedeuten. Er hält die geforderte Anzahl von Schildern hierfür als unverhältnismäßig. Auch für eine probeweise Durchführung sind 36 Schilder notwendig. Der Beschluss liegt vor, aber die Umsetzung erfolgt erst, wenn eine entsprechende Rechtssicherheit vorliegt.

**GR Andrea Stürmer** bemerkt, dass im RIS der Beschilderungsplan hinterlegt ist. Dieser sollte mit der Polizei nochmals abgestimmt werden. In Absprache mit Herrn Riegel, PI-Aschaffenburg, und Veit Schickling im Bauamt könnte dies geklärt werden.

**GR Fuchs** fragt, ob es nun um das Durchfahrtsverbot für die Büchelbergstraße geht.

**GR Bernd Oppenrieder** schlägt vor, diese Durchfahrtsbeschränkung auf das gesamte Wohnquartier südlich der Büchelbergstraße bis zur Würzburger Str. vom Sponackerweg bis zur Freiheitsstraße auszudehnen.

Dafür sind insgesamt 4 Schilder nötig: Einfahrt Haibach vom Klinikum kommend, Einfahrt Sponackerweg, Einfahrt Aschaffenburgstr., Einfahrt Freiheitsstraße jeweils von der Würzburger Str. kommend. Dafür wären insgesamt 4 Schilder nötig. Da der Sponackerweg bereits mit einem LKW-Durchfahrtsverbot beschildert ist, wären 3 zusätzliche Schilder anzubringen plus 4 mal das Zusatzschild Anlieger frei. Der Beschluss sollte aufgehoben werden und für das Wohnquartier neu beschlossen werden.

**Bgm. Andreas Zenglein** stellt fest, dass dann alles nochmal wiederholt werden muss.

**GR Bernd Oppenrieder** entgegnet, dass wir dann ganz korrekt sind. Dies muss auch getan werden. Es geht um die Entlastung der Büchelbergstraße. Dieses Quartier soll entsprechend ausgeschildert werden.

**GR Michael Albert** stellt fest, wir reden von 3,5 t nicht von LKW's, deren Gewicht ist höher.

**GR Bernd Oppenrieder** erwidert, dass es hier nicht nur um den Lärm geht. Die Straßen sind für diesen Verkehr nicht ausgebaut.

**GR Carola Heeg** möchte wissen, was man nicht daran versteht, wenn die Polizei eine Beschilderung mit 36 Schildern festlegt.

**GR Bernd Oppenrieder** stellt den Antrag auf Vollzug des Beschlusses mit der Aufstellung von 4 Schildern.

**GR Steffen Kruschina** erklärt hierzu, dass die CSU-Fraktion weiterhin dagegen stimmen wird. Es ist keine Kontrolle möglich. Man sollte die Verkehrsplanung abwarten. Wenn keine Wendemöglichkeit gegeben ist, dann dreht man nicht um. Eine Benachrichtigung der



Sitzungs-Datum  
9. Oktober 2024

Uhrzeit von-bis  
19:30 Uhr - 22:00 Uhr

Sitzungsort/Gremium  
in den Konferenzräumen der Kultur- und Sporthalle  
**Gemeinderat**

Navigationsinformationsdienste ist möglich, ist jedoch fraglich, ob eine entsprechende Durchführung erfolgen wird. Hier wird an der entsprechenden Kommunikation gezweifelt.

**GR Christian Fuchs** stellt den weitergehenden Antrag, dass der Wortlaut „welches diese Wohnquartier“ herausgenommen wird.

**Bgm. Andreas Zenglein** antwortet, dass dies nicht möglich ist, da dieser Antrag dann eine andere Zielsetzung hat.

**GR Bernd Oppenrieder** sieht die Forderung des Verkehrsplaners mit ISEK.

**GR Jürgen Goldhammer** unterbreitet den Vorschlag, dass zur weiteren Lösung der Problematik das Bürgertreffen abgewartet werden sollte.

**Er stellt den Antrag zur Tagesordnung:**

Ende der Debatte und Aussetzung des Beschlusses gestellt.

Wiedervorlage zu gegebener Zeit.

### **Beschluss**

Zur Erprobung einer verkehrsregelnden Maßnahme wird die Büchelbergstraße, für zunächst sechs Monate, für Kraftfahrzeuge über 3,5 Tonnen mit dem Zusatzzeichen »Anlieger frei« gesperrt.

Die Verwaltung wird beauftragt, in Abstimmung mit der Polizeiinspektion und der Stadt Aschaffenburg, die erforderliche Beschilderung zu veranlassen und ein Fachbüro mit einem Monitoring zu beauftragen.

Die Beschlussfassung hierzu erfolgt nicht.

**GR Jürgen Goldhammer stellt den Antrag zur Tagesordnung:**

Ende der Debatte und Aussetzung des Beschlusses.

### **Abstimmungsergebnis:**

**ja: 8      nein: 7**

8.	<b>Wiedervorlage; Vertrag über technische Dienstleistungen für die Instandhaltung des Trinkwasserverteilernetzes sowie Anlagen der Wassergewinnung und -aufbereitung der Gemeinde Haibach - Erörterung und Beschlussfassung</b>
----	---

Dieser Tagesordnungspunkt wurde abgesetzt und wird in der Sitzung des Gemeinderates am 06.11.2024 auf die Tagesordnung kommen.



Sitzungs-Datum  
9. Oktober 2024

Uhrzeit von-bis  
19:30 Uhr - 22:00 Uhr

Sitzungsort/Gremium  
in den Konferenzräumen der Kultur- und Sporthalle  
**Gemeinderat**

<b>9.</b>	<b>Antrag der Fraktionen FWG, MfH, SPD - Einführung eines Ortsbuses für die Gemeinde Haibach mit den Ortsteilen</b>
-----------	---

**Sachverhalt:**

Haibach, 30.08.2024

Antrag zur Einführung eines Ortsbuses für die Gemeinde Haibach mit den Ortsteilen  
Grünmorsbach und Dörmorsbach

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
Sehr geehrte Verwaltung,  
Sehr geehrte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte,

wir beantragen im Gemeinderat darüber zu beschließen einen Ortsbus für die Gemeinde Haibach einzuführen. Die Ziele eines Ortsbuses soll eine sinnvolle Ergänzung zum ÖPNV sein. Beispielfhaft dafür stehen die nachfolgenden Punkte die durch einen Ortsbus erleichtert erreicht werden sollen:

- Arztbesuche
- Einkaufen für den täglichen Bedarf – Lebensmittel
- Termine in der Verwaltung/Rathaus
- Teilnahme am öffentlichen Leben – Cafebesuch
- Anbindung der Ortsteile an die Gemeinde Haibach

Zur näheren Erläuterung soll die beigelegte Präsentation und die Excel-Liste für einen Fahrplan dienen. In der beigelegten Präsentation sind Fahrrouten, ein Fahrplan und Haltestellen hinterlegt. Die Fahrten werden durch ehrenamtliche Fahrer durchgeführt. Im Rahmen der Testphase wird der Gemeinderat Herr Toni Stahl die Koordination der Fahrer übernehmen und als Ansprechpartner für alle Beteiligten zur Verfügung stehen.

Wir bitten im Gemeinderat darüber abzustimmen, dass

- 1) Ein Ortsbus für eine Testphase von 6 Monaten eingeführt wird.
- 2) Die Gemeinde Haibach mit dem TV-Haibach eine Nutzungsvereinbarung für deren Vereinsbus für die Testphase des Ortsbuses abschließt.
- 3) Die Gemeinde Haibach mit dem LRA und der AVG Kontakt aufnimmt, um die Einführung eines Ortsbuses in Haibach bekannt zu machen.
- 4) Für die Nutzung des Ortsbuses werden Kosten von 1 EUR/je Fahrt erhoben.
- 5) Die Gemeinde Haibach wird gebeten eine Auftaktveranstaltung mit den ehrenamtlichen Fahrern zu koordinieren.
- 6) Der Beginn zur Umsetzung des Antrages soll spätestens der 01.11.2024 sein oder früher.



Sitzungs-Datum  
9. Oktober 2024

Uhrzeit von-bis  
19:30 Uhr - 22:00 Uhr

Sitzungsort/Gremium  
in den Konferenzräumen der Kultur- und Sporthalle  
**Gemeinderat**

Während der Testphase sollen Daten erhoben werden, die zum Einen eine Anpassung von Fahrrouten und Haltestellen ermöglichen und zum Anderen nach der Testphase eine grundlegende Entscheidung getroffen werden kann, einen Ortsbus dauerhaft zu etablieren. Dabei steht im Vordergrund, dass die Fahrten durch ehrenamtliche Fahrer durchgeführt werden.

Wir würden uns über eine positive Entscheidung des Gemeinderates freuen und stehen auch gerne für Erläuterungen zum Antrag zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Fraktionen des Gemeinderates  
Fraktion der FWG  
Fraktion der MfH  
Fraktion der SPD

**GR Jürgen Großmann** erläutert anhand einer Präsentation den Antrag.

**Bgm. Andreas Zenglein** führt hierzu aus, dass nach Ansicht der Verwaltung es hierzu erforderlich ist, zuvor den Bedarf zu ermitteln. Dies sollte über die gängigen Medien erfragt werden. Nach Auskunft der Nachbarschaftshilfe „vis-a-vis“ gehen dort aktuell 5-6 Anrufe wöchentlich bzgl. eines Fahrdienstes ein.

Im Antrag fehlen zudem die finanziellen Hintergründe, wie soll eine Gegenfinanzierung erfolgen, wenn dies im Haushalt nicht vorgesehen wird. Dies ergibt sich aus §24 Geschäftsordnung, ebenso fehlen die überschlägigen Kosten.

Wie ist die Regelung bzgl. Versicherungen bei Fahrzeug, Fahrer und Personen, die transportiert werden. Es soll hier der Bus des TV Haibach zum Einsatz kommen, dort erfolgte bisher noch keine weitere Kommunikation. Einen Beschluss der Vorstandschaft gibt es hierzu noch nicht, somit auch noch nicht die Bereitschaft, diesen Bus zur Verfügung zu stellen.

Eine Umsetzung ist nach seiner Ansicht nicht vor dem 2. oder 3. Quartal 2025 möglich. Die Verwaltung hat keine Kapazitäten, dies alles bis zum Zeitpunkt 01.11.2024 zu ermitteln und zu recherchieren.

**GR Jürgen Großmann** erwidert, dass in den Antrag diese Punkte bereits mit aufgenommen wurden. Diese offenen Punkte sind noch zu klären. Ein Gespräch diesbezüglich mit dem TV Haibach kann er führen. Der Ortsbus muss dem Landratsamt und der AVG bekannt gemacht werden, wenn dieser gewünscht wird. Die Organisation einer Auftaktveranstaltung wird seitens der Antragsteller ebenfalls übernommen. Zum Thema Kosten, diese wurden noch nicht berücksichtigt, da diese abschließend noch nicht bekannt sind.

Laut Zusage von Kämmerer Wenzel wurden 10.000 EUR in den Haushalt eingeplant.

Zum Thema Haftpflicht – hier sollte zur Klärung ein Gespräch mit dem TV Haibach erfolgen.





Sitzungs-Datum  
9. Oktober 2024

Uhrzeit von-bis  
19:30 Uhr - 22:00 Uhr

Sitzungsort/Gremium  
in den Konferenzräumen der Kultur- und Sporthalle  
**Gemeinderat**

Der Beginn 01.11. ist utopisch, das liegt jedoch an der verspäteten Antragstellung.

**GR Jürgen Großmann** ist der Meinung, dass alle Fragen vernünftig geklärt werden können.

**Bgm. Andreas Zenglein** erklärt, dass diese Fragen bei Antragstellung schon hätten geklärt sein sollen.

**GR Jürgen Großmann** antwortet, dass er die alles klärt, wenn dies offiziell gewünscht wird.

**Bgm. Andreas Zenglein** ergänzt, dass bereits mehrfach für die Fahrten aus dem OT Dörmorsbach Versuche zur Verbesserung angeboten wurden. So wurde über die AVG ein Linienverkehr angeboten mit 8 Fahrten/Tag, tatsächlich wurden 2-3 Fahrten benötigt. Das Defizit hierfür betrug 60.000 EUR/Jahr, dies hat die Gemeinde für die wenigen Nutzer übernommen. Danach wurde das Sammeltaxi eingeführt. Hier werden viele Fahrten in den Abendstunden wahrgenommen.

Er ist der Ansicht, dass solche Fragen vorab geklärt werden müssen. Hierfür benötigt man keine offiziellen Kompetenzen. Für die Verwaltung wird keine Handlungsaktion gesehen, es muss vor allem erst der Bedarf ermittelt werden.

Er fragt auch, wann ein Erfolg erkennbar ist – nach einer Testphase von 6 Monaten, welche Kriterien werden hierzu von wem festgelegt. Was spricht gegen eine schriftliche Bedarfs-ermittlung?

**GR Jürgen Großmann** erwidert zu den Ausführungen von Bgm. Andreas Zenglein:

1. Kosten: Es wurde bereits am 01.06. eine E-Mail mit Kosten und zwei Berechnungsmöglichkeiten geschickt
2. Bedarf: Man hat bereits mit Menschen gesprochen, die positiv eingestellt sind. Es besteht zudem Bereitschaft, alle angesprochenen Punkte zu klären. Er glaubt nicht, dass er die Kompetenz hat zur AVG zu gehen. Er würde dies übernehmen und bittet um den Namen des entsprechenden Sachbearbeiters. Er traut sich nicht zu, dies einfach so zu machen. Hier sollten vorab Kriterien festgelegt werden. Man sollte sich mit Karlstein besprechen, dort wird der Bus super angenommen und ist eine tolle Sache.

**Bgm. Andreas Zenglein** sieht als wichtigsten Punkt, die Fragen bzgl. der Versicherungen zu klären. GR Toni Stahl hat z.B. keinen Personenbeförderungsschein. Was passiert, wenn es zu einem Unfall kommt? Man muss sicher sein, dass eine Absicherung möglich ist. Die Punkte Absicherungen klären und Bedarfsermittlung können in 4 Wochen erledigt werden.





Sitzungs-Datum  
9. Oktober 2024

Uhrzeit von-bis  
19:30 Uhr - 22:00 Uhr

Sitzungsort/Gremium  
in den Konferenzräumen der Kultur- und Sporthalle  
**Gemeinderat**

**GR Bernd Oppenrieder** nennt den Spruch: Wer was will, sucht Wege wer nix sucht, Ausreden. Er fragt sich, wie man einen Ortsbus so schwierig machen kann. Es fehlt ihm hier an jeglicher Unterstützung. Der Ortsbus würde der Attraktivität Haibachs nützen. Warum setzt man sich nicht hin und klärt diese 5 Probleme.

Aus der Erfahrung von 2. Bgm. Ingo Adams, der aktiv für Senioren und Nachbarschaftshilfe ist, ist es eine Hemmschwelle, um etwas zu bitten. Wenn ein Angebot besteht, wird dies dann auch genutzt. Auch hinsichtlich der Testphase zum Vergleich mit dem Bus nach Dörmorsbach hält er für wichtig. Die Aussage, dass im 3. Quartal es auch wegen Belastungen der Verwaltung schwierig ist, sieht er als problematisch.

**Bgm. Andreas Zenglein** versteht die ganze Haltung zu diesem Punkt nicht. Es wird viel aus der Emotion heraus vorgeschlagen, jedoch erfolgt keine Überprüfung der Rechtssicherheit vorher.

**GR Bernd Oppenrieder** ist der Meinung, dass manche Dinge von der Verwaltung einfacher zu klären sind als von einzelnen Gemeinderäten. Wir nehmen uns die Probleme vor und lösen sie gemeinsam. In einem Punkt gibt es bereits eine Einigung, das Startdatum 1.11. wird auf „frühestmöglich“ ersetzt.

**Bgm. Andreas Zenglein** schlägt vor, dass dann auch alle beteiligt werden sollten. Er schlägt den Antragstellern vor, sich zu kümmern und wo die Unterstützung der Verwaltung notwendig ist, wird sich diese auch einsetzen.

**GR Anja Goymann** bittet um Sachlichkeit. Sie hätte sich über eine entsprechende Wertschätzung zu diesem Antrag gefreut. Die Bedarfsermittlung wird über die Medien schwierig. Die Fahrtstrecken findet sie gut. Die MfH sollte bei der Klärung der Fragen mit dem TV Haibach und der AVG nicht allein gelassen werden. Sie möchte noch die Höhe der Kosten wissen, die hierfür entstehen können.

**GR Jürgen Großmann** sieht die Summen bei 5.000 / bzw. 6.000 EUR, je nachdem, welche Finanzierung gewählt wird und je nach Personen, die befördert werden.

**GR Anja Goymann** ist der Meinung, dass man die fehlende Klärung der versicherungstechnischen Fragen nicht als Vorwurf sehen kann. Es geht doch jetzt darum, ob man diesen Bus möchte. Daher findet sie auch eine Testphase hierzu sinnvoll. Sie möchte den Bus, die Verwaltung sollte entsprechende Gespräche führen und den Antrag nicht abbügeln.

**Bgm. Andreas Zenglein** stellt hierzu fest, dass er sich nie hierzu verweigert hat. Er hat sich grundsätzlich für diese Idee ausgesprochen. Er möchte jedoch eine „runde Sache“, da er nicht den „Kopf“ hinhalten will. Was ist hieran verwerflich? Eine Klärung hierzu ist möglich. Die Sitzung des TV Haibach findet im November statt, da wird dieser Punkt mit auf die Tagesordnung genommen.

**GR Jürgen Großmann** erklärt, dass bereits ein Gespräch mit dem TV Haibach geführt wurde. Mit der CSU-Fraktion wurde mindestens 1x online diese Präsentation besprochen. Die Aufgaben, die sich jetzt hieraus ergeben, denen wird er nachgehen. Der Antrag wurde



Sitzungs-Datum  
9. Oktober 2024

Uhrzeit von-bis  
19:30 Uhr - 22:00 Uhr

Sitzungsort/Gremium  
in den Konferenzräumen der Kultur- und Sporthalle  
**Gemeinderat**

extra für Anpassungen offengehalten. Jedoch stellte sich für ihn die Frage, was muss ich tun, was darf ich tun.

**GR Steffen Kruschina** bestätigt, dass die Info zu diesem Antrag erfolgte. Der Antrag wird auch seitens der CSU positiv gesehen. Aber die Punkte sollten vorher geklärt werden. Das Thema Versicherungen ist nicht einfach und muss sauber geklärt sein. Davon hängt auch die Erlaubnis zur Personenbeförderung ab. Nach Klärung der Punkte sollte man den Bus auf den Weg bringen. Nach den Recherchen der CSU Fraktion wird ein Personenbeförderungsschein benötigt, wenn für die Fahrten Geld verlangt wird. Da dies hier der Fall ist, muss auch dieser Punkt geklärt werden.

**Bgm. Andreas Zenglein** sieht kein Problem dies zu machen. Wenn dies „gewerblich“ durchgeführt wird, muss alles korrekt sein. Er schlägt vor, dass von jeder Fraktion ein Vertreter an einen Tisch kommt und dann die Fragen geklärt werden. Er erläutert den Beschlussvorschlag und macht den Vorschlag:

Runder Tisch mit Fraktionsvertretern zur Klärung der offenen Punkte. Einladungen werden verschickt.

Es besteht hierzu Einverständnis. Keine Abstimmung.

10.	<b>Verbesserung der Finanzierungsgrundlagen des Tierheims Aschaffenburg e.V.</b>
-----	--

**Sachverhalt:**

Nach § 967 BGB ist der Finder eines Tieres berechtigt, das gefundene Tier bei der zuständigen Behörde abzuliefern. Nach § 2 der Fundverordnung (FundV) sind in Bayern für die Entgegennahme und Unterbringung von Fundtieren die Gemeinden zuständig. Um eine tierschutzgerechte Unterbringung der Fundtiere zu gewährleisten, haben die Stadt Aschaffenburg und verschiedene Gemeinden des Landkreises Aschaffenburg den „Tierschutzverein Aschaffenburg und Umgebung e.V.“ damit betraut, die Fundtiere ihres jeweiligen Zuständigkeitsbereiches im Tierheim des Tierschutzvereins in Aschaffenburg unterzubringen.

Die Stadt Aschaffenburg hat dem Tierschutzverein das Grundstück, auf dem das Tierheim errichtet ist, in Erbpacht überlassen. Die jährlich zu zahlende Erbpacht in Höhe von rund 11.000 € wird als Zuschuss gewährt. Zudem zahlt die Stadt Aschaffenburg einen jährlichen Betriebskostenzuschuss von 0,50 €/Einwohner, also rund 36.000 €. Darüber hinaus hat die Stadt zugesagt, dass im Falle eines Defizits das Defizit des Tierheimes bis zu einer Höhe von weiteren 0,50 €/Einwohner abgedeckt wird.

Alle anderen Landkreisgemeinden zahlen für die Unterbringung von Fundtieren auf Basis eines Fundtierkostenpauschalvertrages nach der Zahl der unterzubringenden Tiere. Dies gilt auch für die Gemeinde Haibach. Im Haushaltsjahr 2023 sind für die Unterbringung von Fundtieren Kosten in Höhe von 1.986,94 € angefallen.

Sitzungs-Datum  
9. Oktober 2024Uhrzeit von-bis  
19:30 Uhr - 22:00 Uhr

Sitzungsort/Gremium  
in den Konferenzräumen der Kultur- und Sporthalle  
**Gemeinderat**

In der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass das Tierheim generell nur mit Verlust betrieben wird. Das strukturelle Defizit beläuft sich auf 500.000 bis 600.000 € pro Jahr. Es wird dadurch gemildert, dass der Tierschutzverein jährlich 200.000 bis 300.000 € an Spenden einwirbt. Das Restdefizit wird durch den Anfall von Erbschaften abgedeckt. Das sind dann die Jahre, in denen der Verein „Gewinn“ erwirtschaftet. Gibt es keine Erbschaft, muss das Defizit aus den Rücklagen beglichen werden.

In den letzten Jahren konnte der Verein durch einige Erbschaften Rücklagen ansammeln. Diese wurden zum Teil für Modernisierungen verwendet. Es steht nunmehr die Modernisierung des Wohnhauses mit einem Investitionsvolumen von rund 900.000 € an. Zuschüsse dafür gibt es nicht. Der Verein ist bereit, diese Investition mit Rücklagen zu finanzieren. Dazu müsste aber sein Defizitrisiko gemindert werden.

Nach einigen Gesprächen des Vereins mit Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern scheint sich bei einer größeren Anzahl von Gemeinden – vorbehaltlich der Zustimmung der jeweiligen Gemeinderäte - eine Bereitschaft abzuzeichnen, zusätzlich zu den Fundtierpauschal-vertragskosten eine Pauschale von 0,50 €/Einwohner zu zahlen. Zur Übernahme von Defiziten gibt es nach wie vor keine Bereitschaft. Die Kostenpauschalen nach dem Fundtiervertrag werden in Zukunft auf Basis des Verbraucherpreisindex indiziert. Die Stadt Aschaffenburg würde auch auf dieses Finanzierungssystem umstellen. Der Erbpachtzuschuss der Stadt würde entfallen.

Damit eine spürbare Entlastung des Vereins eintreten kann, ist es erforderlich, dass entsprechende Zusagen durch Stadt- und Landkreisgemeinden mit zusammen mindestens 125.000 Einwohnern (= ca. die Hälfte der Einwohner von Stadt und Landkreis) abgegeben werden. Diese Zusagen sollen für 10 Jahre gelten. Bei den Gemeinden, die solche Zusagen nicht eingehen, wird der Tierschutzverein mindestens das dreifache der bisherigen Fundtierpauschalen verlangen. Es ist ausdrücklich darauf hingewiesen, dass auch mit der zusätzlichen Sockelbetragsförderung ein Defizit des Vereins nicht zu vermeiden ist, wenn ihm nicht außerordentliche Erträge aus Erbschaften oder Sonderzuwendungen zufließen.

Es erfolgt keine Diskussion.

**Beschluss**

Der Gemeinderat stimmt der als Anlage beigefügten Kooperationsvereinbarung zu und ermächtigt Bürgermeister Andreas Zenglein oder seinen Stellvertreter, diese abzuschließen.

**Abstimmungsergebnis:**

**ja: 15      nein: 0**



Sitzungs-Datum  
9. Oktober 2024

Uhrzeit von-bis  
19:30 Uhr - 22:00 Uhr

Sitzungsort/Gremium  
in den Konferenzräumen der Kultur- und Sporthalle  
**Gemeinderat**

11.	Allgemeines
-----	-------------

**Sachverhalt:**

Es wird angeregt, eine Tabelle mit allen gemeindlichen Terminen bis Weihnachten an die Gemeinderäte zu verschicken.

**GIA Michael Müller** sagt Erledigung zu.

Hiernach schließt Erster Bürgermeister Andreas Zenglein den öffentlichen Teil der Sitzung.

Vorstehende Niederschrift wurde

am 04.12.2024 genehmigt.

---

Andreas Zenglein  
Erster Bürgermeister

---

Monika Heuberger  
Verwaltungsfachwirtin